



Medienmitteilung Nr. 1227

## **SAB lehnt Umweltverantwortungsinitiative ab**

*Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB lehnt die Umweltverantwortungsinitiative ab. Die Initiative, welche am 9. Februar 2025 zur Abstimmung gelangt, hätte enorme Einschränkungen für zahlreiche Lebens- und Wirtschaftsbereiche zur Folge. Massiv betroffen wäre zum Beispiel der Tourismus, welcher für viele Bergregionen die Leitbranche schlichthin ist.*

Am 9. Februar 2025 kommt als einzige Vorlage die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Die Volksinitiative verlangt, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Schweiz nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Hinter der Initiative steckt das Konzept „eine Erde“. Die Schweiz beansprucht im Moment aber rund 2,5 Erden. Bei Annahme der Initiative müsste die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch innerhalb von zehn Jahren also um einen Faktor von rund 2,5 reduzieren.

Die Volksinitiative hätte massive Einschränkungen in zahlreichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zur Folge. Die Schweiz unternimmt bereits viele Bestrebungen zur Reduktion ihres «ökologischen Fussabdrucks». Dazu gehören insbesondere das mit dem Bundesgesetz über den Klimaschutz und die Innovation KIG verabschiedete Netto-Null-Ziel bis 2050 und der radikale Umbau der Energieversorgung in Richtung Ausbau der einheimischen, erneuerbaren Energieträger. Bereits diese beiden Dossiers erfordern eine gewaltige Anstrengung, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Die Ziele und der gesteckte Fahrplan der Umweltverantwortungsinitiative gehen noch weit darüber hinaus und sind schlicht nicht realistisch.

Stark von der Initiative betroffen wäre z.B. der Tourismus. Der Tourismus ist naturgemäss eine Exportwirtschaft, da Gäste, die von ausserhalb einer Region kommen, eine Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in der Region generieren. Der Tourismus ist für viele Bergregionen die Leitbranche schlichthin. Bei einer Annahme der Initiative müsste der Tourismus massiv eingeschränkt werden. Wie das umgesetzt werden soll, ist völlig unklar. Müssten etwa plötzlich ausländischen Gäste, welche in die Schweiz einreisen möchten, an der Grenze gestoppt werden? Müsste Schweizer Feriengästen der Aufenthalt in den Bergen verboten werden? Diese Fragen zeigen, wie unsinnig die Initiative ist und welchen massiven Eingriff in die persönlichen Freiheiten und in die Wirtschaft sie darstellen könnte.

Die Umsetzung der Initiative wäre zudem für die öffentliche Hand sowie die Bevölkerung und Wirtschaft mit erheblichen Kosten verbunden.

So müsste nur schon die internationale Zusammenarbeit weiter aufgestockt werden, um dem Anliegen der Initiative bezüglich Sozialverträglichkeit der Massnahmen im Ausland gerecht zu werden. Dies ist in einem finanzpolitischen Umfeld, in dem der Bund Geld sparen muss, völlig unrealistisch.

Die SAB empfiehlt deshalb für die Abstimmung vom 9. Februar 2025 klar die Nein-Parole.

Für Rückfragen:

- Pius Kaufmann, Nationalrat und Präsident der SAB, Tel. 079 457 29 10.
- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 031 382 10 10.